

Illegale Spenden an Frankfurter CDU

Frankfurt/Wiesbaden - Die CDU Frankfurt muss für eine unzulässig erhaltene Spende kein Bußgeld bezahlen. Das Urteil sorgt bei der Hessen-SPD für Unverständnis, die Kollegen Christdemokraten aber sehen kein Fehlverhalten.
Von Yvonne Fitzenberger

Auslöser sind Spendengelder, die die Frankfurter CDU im Jahr 2012 vom aserbaidischen Energiekonzern Socar erhalten hatte. Insgesamt 28.000 Euro sind nach Angaben des Rechercheteams von Westdeutscher Rundfunk (WDR), „Süddeutscher Zeitung“ (SZ) und abgeordnetenwatch.de auf das Spendenkonto der Frankfurter CDU geflossen. Das Geld wurde auch ordnungsgemäß verbucht. „Der Rechenschaftsbericht der CDU Hessen für das Jahr 2012 weist die besagte Spende gemäß des Parteiengesetzes aus“, sagt Alexander Kurz, Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion, unserer Zeitung. Auch Wirtschaftsprüfer, denen der Bericht damals vorgelegt wurde, hätten keinen Verstoß gesehen.

Allerdings ist laut Bundestagsverwaltung die Annahme des Geldes illegal. Denn die Spende stammt von einem staatlichen Energiekonzern aus Aserbaidschan und damit aus dem Nicht-EU-Ausland. Dazu sagt Kurz, es sei in den Augen der Bundes-CDU zu der Zeit noch eine „offene Rechtsfrage“ gewesen, ob Spenden, die von deutschen Zweigstellen nicht-europäischer Unternehmen stammen, an Parteien illegal seien. Der aserbaidische Ölkonzern Socar unterhält seit 2009 einen Sitz in Frankfurt. Erst Juristen der Bundes-CDU fielen die Zahlungen auf. Sie übergaben den Rechenschaftsbericht an die für Parteifinanzierung zuständige Bundestagsverwaltung. „Am gleichen Tag wurde die in Rede stehende Spende vom CDU-Kreisverband an die Bundestagsverwaltung überwiesen“, erklärt Kurz. Danach folgte ein jahrelanger Rechtsstreit um die Frage, ob die Partei ein Bußgeld zahlen müsse.

Das Urteil fiel nun am 12. Oktober: Die Kreisfraktion hätte die Spende nicht annehmen dürfen, allerdings muss sie keine Strafe zahlen – dies hätte angeblich das bis zu Dreifache des erhaltenen Gelds sein können. Die Bundestagsverwaltung beruft sich dabei auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem April. Das besagt, dass eine Selbstanzeige Sanktionen mindern oder sogar abwenden kann.

„Gleichzeitig stellte die Bundestagsverwaltung fest, dass der Kreisverband zum Zeitpunkt der Spendenannahme keine Kenntnis von der Unzulässigkeit der Spendenannahme hatte und deshalb keinen Sanktionen unterliegt“, sagt Kurz.

Affären: Diese Politiker sind NICHT zurückgetreten!

Laut des Recherche-Teams von WDR, SZ und der Internetplattform abgeordnetenwatch.de wurde von der Behörde aber nicht überprüft, weshalb der staatliche Konzern aus Aserbaidschan überhaupt Gelder an die Frankfurter CDU spendete. Die Kreisfraktion äußerte sich dazu laut WDR auf Anfrage nicht. Anders der Deutschland-Chef des Energiekonzerns Socar: Eugen Mamedov sagt, ihm sei der Austausch zwischen dem Konzern und politischen Funktionsträgern wichtig. Der Austausch auch mit politischen Funktionsträgern sei ihm „vor dem Hintergrund der geopolitischen Bedeutung Aserbaidschans und Socars wichtig“, wird er zitiert. Allein das bis 2019 fertigzustellende Projekt einer Gaspipeline bis nach Italien erfordere dies..

Zu dem Fall äußert sich auch Nancy Faeser, Generalsekretärin der hessischen SPD, in Wiesbaden. „Wir haben nun wieder einmal den Beleg dafür, dass die hessische CDU aus der Vergangenheit nichts gelernt hat“, sagt sie. Nach der Schwarzgeldaffäre aus dem Jahr 2000, in der unter anderem Roland Koch, Manfred Kanther und Horst Weyrauch verwickelt waren, seien die Christdemokraten nun wieder „auffällig geworden und in die Illegalität bei der Parteienfinanzierung abgedriftet.“ Faeser stellt laut SPD die Frage, wieso das Staatsunternehmen eines Kaukasus-Regimes ausgerechnet an den Frankfurter CDU-Kreisverband eine Spende in solcher Höhe getätigt habe. „Die fadenscheinigen Rechtfertigungsversuche von Unternehmensseite und das laute Schweigen vonseiten der CDU sind unglaublich und sprechen Bände“, sagt Faeser. „Wenn die CDU nun glaubt, dass sie durch das Verhindern einer Strafzahlung aufgrund eines Schlupflochs im Parteiengesetz entlastet wäre, dann täuscht sie sich gewaltig.“ Sie fordert eine sofortige und vollständige Klärung der Vorgänge. Dieser Appell gehe insbesondere an die Verantwortlichen der hessischen CDU-Parteiführung.

Die dicksten Parteispenden seit der Wahl

Die Christdemokraten beurteilen die Sachlage ganz nüchtern. Unions-Sprecher Kurz zur Bedeutung für seine Partei: „Nachdem in dieser konkreten Sachfrage nun eine höchstrichterliche Klärung sowie eine abschließende Bescheidung durch die Bundestagsverwaltung ergangen ist, werden wir diese selbstverständlich – wie bei jeder Änderung der Rechtslage – in unser Schulungsangebot sowie interne Prüfungen einfließen lassen.“